

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen!
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. — 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: S. Alte Jacobstr. 64. bei J. Wey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — 12. Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. — 9 Kr. Oesterr. Währ. Für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. — 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenk, NW. Stromstraße 48.

Nr. 26.

Berlin, den 25. Juni 1880.

Siebenter Jahrgang.

Die Nothwendigkeit der Berufsorganisation.

Ein Mahnwort an sämtliche Berufsgenossen!

In einem früheren Artikel, in welchem wir die Nothwendigkeit der Vereinigung der Arbeiter in berufliche Verbände (Gewerksvereine) und damit die Berechtigung des Bestehens der letzteren in nur kurzen Ausführungen aufs neue darzuthun versuchten, behielten wir uns vor, auf dieses Thema später einmal eingehen zu dürfen. Dazu ist uns nun schon heute Gelegenheit geboten, die wir nicht ungenüßt vorüber gehen lassen wollen, umsomehr, da wir damit vielleicht den Bemühungen unseres Freundes J. Dollmann, der gerade jetzt im Auftrage des Centralraths und des Generalraths unseres Gewerksvereins eine längere Agitationsreise nach Thüringen und Bayern antritt, um unsere Ideen aufs neue mehr und mehr zu verbreiten und unserer Sache dadurch wiederum neue Anhänger zu gewinnen, in etwas den Boden zum erfolgreichen Wirken zu ebenen im Stande sind.

Wir finden nämlich in der in Magdeburg erscheinenden „Deutschen Pfennig Zeitung“ (Nr. 140 vom 18. Juni d. J.) die folgende Nachricht: „In dem Industriedorfe Wallendorf auf dem Thüringer Walde ist vor einigen Tagen ein Streik des Malerpersonals der dortigen Porzellanfabrik eingetreten. Die Arbeitseinstellung wird damit begründet, daß bei den eingegangenen zahlreichen Bestellungen und dem belebteren Geschäftsverkehr die Löhne nicht mehr im Verhältniß zu dem Verdienste der Arbeitgeber ständen und deshalb höhere Löhne begehrt werden. Die Fabrikbesitzer behaupten dagegen, daß trotz des regeren Geschäftsverkehrs ihr Verdienst nicht größer werde, weil die Porzellanindustrie durch sehr gedrückte Preise stark zu leiden habe. Es soll jedoch Aussicht auf einen baldigen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorhanden sein.“

Für Jeden, der einigermaßen an dem Wohl und Wehe des Arbeiterstandes bezw. seiner Mitgenossen Antheil nimmt, wird diese Notiz zu denken geben. Es ist bekannt, daß die Löhne in unserem Berufe, und besonders die der Maler, in Thüringen am meisten herabgedrückt sind (natürlich sind auch hier einzelne Ausnahmen zu verzeichnen) und Niemand unter uns wird den betreffenden Genossen einen Erfolg mißgönnen.

Gehen wir aber der Sache selbst unparteiisch auf den Grund, so dürfen wir uns nicht verhehlen, daß diejenigen thüringer Berufsgenossen, deren Lage thatsächlich eine so traurige ist, wie sie in den bezüglichen Mittheilungen der Leute selbst oftmals ge-

schildert wird, daran einen Theil der Schuld wenigstens mittragen, wenn auch vielleicht unbewußt.

Wer mit den Verhältnissen und Vorgängen innerhalb unseres Berufs in Thüringen bekannt ist, wird wissen, daß in letzter Zeit das Verlangen nach Aufbesserung der Löhne in unserem Gewerbe gerade in Thüringen am stärksten hervorgetreten ist und hervortritt. Dies ist sicherlich ein Beleg für die oben angeführte Thatsache, daß dort die gedrücktesten Lohnverhältnisse herrschen.

Sehen wir einmal ab von den eigenthümlichen Fabrications-, Konkurrenz- und anderweitigen Verhältnissen, welche in Hinsicht auf den zuletzt erwähnten Umstand einen ungünstigen Einfluß ausgeübt haben und ausüben, und gehen direkt aufs Ziel los, so müssen wir unsere Ansicht dahin aussprechen, daß die Kollegen in Thüringen die rechte Zeit versäumt haben, in der es ihnen am leichtesten gewesen wäre, ihre Lage in materieller Beziehung zu bessern, und nun in einer Zeit in dieser Richtung vorgehen wollen, die den Erfolg auch unter sonst günstigen Umständen doch immer als zweifelhaft erscheinen lassen muß.

Hätten unsere Kollegen in Thüringen nicht so bald, nachdem sie sich an ein Ganzes angeschlossen, entmuthigt durch die ersten paar, einer jungen Vereinigung, wie die unsrige damals war, durchaus nicht hoch anzurechnenden mißglückten Streikversuche, und beeinflusst auch durch andere Verhältnisse, die Flinte in's Korn geworfen, wären sie uns nicht die langen Jahre hindurch fern geblieben, sondern hätten innerhalb unserer Organisation als feste Glieder derselben die verschiedenen Entwicklungsstufen mit durchgemacht, so wäre es ihnen sehr wohl möglich gewesen, in den nicht längl. verfloffenen drei bis vier guten Geschäftsjahren durch ein plan- und maßvolles Vorgehen ihrerseits, unterstützt durch die Genossen, die hinter ihnen stehen, eine Besserung und Hebung ihrer materiellen Lage zu erzielen; sie hätten damit eine Sparkasse angelegt, aus der sie dann in den folgenden schlechten Jahren zunächst schöpfen konnten.

Wie aber steht es nun jetzt? Was werden denn, wenn nicht die Humanität der Arbeitgeber ins Spiel kommt, beispielsweise die Kollegen in Wallendorf, die nun schon behufs Durchsetzung ihrer Forderungen zur Arbeitseinstellung, dieser zweischneidige: Waffe, gegriffen haben, erreichen? Was wird die Folge dieser Arbeitseinstellung für die Arbeiter sein, wenn nicht ausnahmsweise gerade ein günstiger Umstand ihnen zu Hilfe kommt? — Ausgezehrt durch die infolge der niedrigen Löhne naturgemäß

kärgliche Lebensweise, vereinzelt und ohne weitere Unterstützung, womöglich planlos und ohne festes Ziel vor Augen handelnd, werden sie, besonders in Rücksicht auf die dem Arbeitgeber hier zu Gute kommende, im Allgemeinen doch keineswegs gute Geschäftszeit, nicht den nöthigen dauernden Widerstand leisten können, der zur Erreichung ihrer Forderung nothwendig sein wird, werden sie darauf verzichten müssen und entmuthigter und unzufriedener an ihren Beruf gehen, als dies vorher der Fall war.

Und dieselbe Erscheinung, wie sie hier zu Tage getreten ist, sie hat sich schon in verschiedenen Orten in und um Thüringen in letzter Zeit gezeigt, bezw. ist im Entstehen begriffen; der Ausgang aber, dies würde wohl allerorts kaum zweifelhaft sein können, er würde in den allerfeltesten Fällen zu Gunsten der Arbeiter sein, die in ihrer Vereinzelung nicht die nöthige Stärke und Macht besitzen.

Wie ganz anders dagegen würde sich das Verhältniß stellen, wenn die Betreffenden dauernd einem geschlossenen Arbeiterverbande angehörten, wie unsere Organisation einen solchen bildet, einer Arbeitervereinigung, die womöglich fast alle, mindestens aber den größten Theil der Arbeiter des betreffenden Berufs umfaßt?

Die Achtung, welche die Arbeitgeber einem solchen Verbande der Arbeiter naturgemäß zollen müßten, sie würde uns in den allermeisten Fällen die Vermeidung der für beide Theile so schädlichen Streiks ermöglichen, an deren Stelle die gütliche Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen, womöglich durch ein von beiden Seiten erwähltes, gleichermaßen zusammengesetztes Einigungsamt, treten würde. Ein planloses Handeln wäre also dadurch schon überhaupt ausgeschlossen, dagegen ein systematisches Abstellen aller Mißstände, ein vernünftiger und maßvoller Ausgleich in den Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Orten gewissermaßen garantiert.

Bedarf es noch langer Worte, um die Vortheile einer solchen Vereinigung unseren Kollegen vor Augen zu führen? In der That, auf alles einzugehen, dazu mangelt hier der Raum; der Zweck war auch nur, speziell das Arbeitsverhältniß zu berühren. Es ergiebt sich von selbst, daß das Zusammenhören der Arbeiter denselben die Möglichkeit gewährt, nach allen Richtungen hin für die Verbesserung ihres Daseins, für die Hebung ihrer selbst, ihres inneren und äußeren Menschen, zu wirken, so daß sich der Arbeiter erst dadurch ganz als ein Glied der menschlichen Gesellschaft fühlte.

Mögen diese Zeilen deshalb eine ernste Mahnung sein, nicht nur an unsere thüringer Kollegen, sondern an alle diejenigen, die noch außerhalb unserer Vereinigung stehen, herauszutreten aus der Vereinzelung und sich dem großen Ganzen anzuschließen! Setze man die Verzagtheit, die kleinlichen Zweifel, das Mißtrauen bei Seite, bekämpfe man den Egoismus, der im Menschen wohnt und lerne voll und ganz die Wahrheit des Satzes erkennen, daß das Interesse des Einzelnen in der Gesamtheit und das Interesse der Gesamtheit in ihren einzelnen Gliedern ruht!

Ein lehrendes Beispiel mag zum Schluß hier noch Platz finden! Auf der zweiten Generalversammlung des „Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland“ bekanntlich die vor mehreren Jahren gebildete Arbeitgebervereinigung unserer Branche, betonte der stellv. Vorsitzende des Verbandes in seinem geschäftlichen Berichte gelegentlich der Berührung der in der Zollfrage erzielten Erfolge nachdrücklich, daß diese (in dem Berichte aufgeführten) Erfolge nie erzielt worden wären, „hätten sich die Industriellen der keramischen Branche nicht nach dem Beispiele anderer Großgewerbe zu gemeinsame Vorgehen in einem festgeschlossenen Verbande aufgerafft und in Reih' und Glied energisch mit unbeugbarer Beharrlichkeit für das so lange Zeit vernachlässigte Interesse der Branche den zähen Kampf aufgenommen.“ Daß der Verband unserer Arbeitgeber auch nach anderer Richtung hin vorzugehen versucht hat, ist bekannt, und weisen wir hier nur, soweit die Arbeiter speziell dabei interessiert sind, auf die Fertigstellung des Entwurfs einer Normalfabrikordnung, der an dieser Stelle bereits öfter besprochen wurde, hin. Erwähnung verdient noch die in dem Geschäftsbericht der Generalversammlung angeführte Thatsache, daß der Verband der Arbeitgeber wiederum gemachsen sei.

Wollen wir, die Arbeiter, demgegenüber noch immer zurückbleiben, in unserer Vereinzelung und Schwäche verharren? In der That, ich meine, demgegenüber müßten alle kleinlichen Bedenken schwinden, demgegenüber müßte die bessere Ueberzeugung in Jedem unter den Arbeitern zum Durchbruch kommen, daß nur

in dem gemeinsamen Vorgehen und Zusammenhalten, nur in der großen Gesamtheit das Interesse des Arbeiters liegt!

Die kleinen Opfer, die man dafür zu bringen hat, sie sind verschwindend dem Nutzen gegenüber, den eine die Mehrzahl der betreffenden Berufsarbeiter umfassende, festgegliederte Arbeitervereinigung ihren Mitgliedern zu gewähren im Stande ist! Man gedenke des Dichterspruchs:

„Und setzet Ihr nicht das Leben ein,
Wie wird Euch das Leben gewonnen sein!“

Wahrlich, der verdient kein besseres Loos, der nicht selbst Hand zur Verbesserung desselben anlegt!

G. L.

Kassenzwang und Zwangskassen.*)

Die Erreichung des gleichen Zieles, den Arbeiter im Falle der Invalidität oder des arbeitsunfähigen Alters durch Pensionen zu versichern, und diese Versicherung im Arbeiterstand einzubürgern, wird auf zwei fast entgegengesetzten Wegen erstrebt. Auf der einen Seite die Anwendung eines allgemeinen, oder mehr oder weniger lokalisirten Zwanges, auf der anderen Seite die Ueberzeugung, daß derartige Organisationen sich aus der freien Entschliebung und der wirtschaftlichen Initiative der Theilnehmenden heraus entwickeln müssen. Diejenigen, welche die Lösung der Frage auf dem Boden wirtschaftlicher Freiheit für unmöglich halten, und deshalb in der einen oder der anderen Form für den Zwang eintreten, gehen in Bezug auf die Ausdehnung oder Lokalisierung des Zwanges wieder weit auseinander. Es fehlt nicht an Enthusiasten, welche nicht allein im Stande zu sein glauben, die Frage des Zwanges in ihrer ganzen Tragweite theoretisch dadurch zu lösen, daß sie die Anwendung des Zwanges auf die gesamte Gesellschaft ausdehnen, sondern die sich auch der Schwärmerei hingeben, daß es möglich erscheine, ohne tiefgehende wirtschaftliche und soziale Ueberwälzungen eine solche Generalisirung des Gedankens praktisch durchzuführen. Dieses Projekt erhebt sich zu einer tiefgreifenden sozialen Maßregel, welche die staatliche Einmischung weit über diejenigen Grenzen hinauschiebt, welche wir gewohnt sind, bei unseren sozialen Anschauungen gesteckt zu sehen. Der Staat tritt damit an die Aufgabe heran, einen Theil des Lebens der Gesellschaft in autoritärer Weise zu regeln, anstatt diese Organisation wie bisher der freien Initiative der Gesellschaft zu überlassen. Wir wissen, daß den ersten Platz in dem Programm der Sozialdemokratie die Forderung einnimmt, die Arbeit der Individuen durch Staats-Autorität zu organisiren, und den Kampf zu beseitigen, welcher durch die verschiedenen konkurrierenden Kräfte in der bisherigen Gesellschaftsordnung nothwendig bedingt wurde. Während also die Sozialdemokratie das menschliche Dasein autoritär regeln will, welches der Arbeit geweiht ist, zielt das Projekt der Zwangskassen auf eine staatliche Sicherstellung der menschlichen Subsistenz in denjenigen Zuständen, welche der Arbeit nicht mehr gewidmet sind. Diesen Gedanken der Generalisirung von Zwangskassen könnte man mit Recht als die Absicht bezeichnen, das sozialdemokratische Programm in umgekehrter Reihenfolge lösen zu wollen. Diese Theorie ist nur der veränderte Ausdruck einer und derselben großen staatssozialistischen Strömung, welche nicht nur die Massen zum Theil erfaßt hat, sondern auch die Anschauungen und die Denkweise unserer Staatsmänner beeinflusst und schließlich in alle Zweige der Gesetzgebung einzudringen sucht. Sie charakterisirt alle diejenigen Pläne, welche heut die rückläufige Bewegung unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung kennzeichnen und ist nur ein anderer Ausdruck für die Idee, an die Stelle der freien ökonomischen Entscheidung das System der staatlichen Bevormundung treten zu lassen. Diese Theorie ist erzeugt von demselben Geiste, der heut auch in allen anderen Sphären unseres wirtschaftlichen Lebens, in der Form der Beschränkung der Gewerbefreiheit, der Wiedereinführung von Wuchergesetzen und Aufhebung der allgemeinen Wechselfähigkeit, in der Form des Protektions- und Prohibitiv-Systems durch Schutzzölle und Ausfuhrprämien, der Verschärfung des Strafgesetzbuchs, in der Form des Gesetzes wegen Verfälschung der Nahrungsmittel, kurz fast in jeder legislativen Thätigkeit, in diesem Augenblick in die Erscheinung tritt. Mit einer allgemeinen Durchführung des Zwanges für den Beitritt zu Versorgungskassen würde dem Individuum thätlich jede Selbstverantwortlichkeit für die ökonomische Gestaltung seiner Lage abgenommen. Eine gewisse Leicht-

*) Wir reproduziren in den nachfolgenden Zeilen einen weiteren Abschnitt aus der von uns schon erwähnten Broschüre des Reichstagsabgeordneten Wöllmer „Die Invalidenpensionen und die Gesetzgebung“.

fertigkeit der Lebensauffassung würde verallgemeinert und zum Evangelium des Tages, der Glaube an die Verantwortlichkeit der Gesellschaft und an die allein seligmachende Omnipotenz des alle Lebensfunktionen auffaugenden Staates erhoben.

Trotz dieser Konsequenzen giebt es Enthusiasten, die bereit sind, eine so allgemeine Ausführung des Gedankens zu diskutieren, weil sie eben durch das Gefühl geleitet werden, daß eine solche Maßregel nur in ihrer Allgemeinheit zu rechtfertigen sein würde. Denn mit dieser Verallgemeinerung schwinden bei ihnen alle diejenigen Bedenken, welche sich gegen einen mit einer gewissen Beschränkung ausgeübten Zwang erheben müssen, der, sobald er nicht allgemein ist, den entschiedenen Charakter der Ungerechtigkeit und Gehässigkeit trägt. Sie stellen sich die Sache in dieser Verallgemeinerung ungefähr so vor, daß sie dem Staate das Recht vindizieren, von jedem seiner Mitglieder in der Zeit, in welcher dasselbe leistungsfähig ist, eine gewisse Steuer zu erheben, auf das Konto seiner künftigen Unleistungsfähigkeit, diese Steuer anzuhäufeln und später an den Geber in dem Zeitpunkte zurück zu erstatten, wo die Selbsterhaltung innerhalb der Gesellschaft unmöglich geworden ist. Freilich werden auch hier die niemals ausbleibenden Ungleichheiten zwischen Leistung und Wohlthat ebenso stark hervortreten, ja um so stärker, je mehr der Staat als der große Vermittler es in der Hand hat, und auch dazu gewissermaßen berechtigt erscheint, Alle für Einen eintreten zu lassen und die sonst bestehenden Verschiedenheiten auch ferner bestehen zu lassen. Diese Enthusiasten vergessen aber, daß mit solchen allgemeinen Zwangsmaßregeln eigentlich nur eine mildere und weniger unangenehm erscheinende Form der allgemeinen Armenpflege gefunden ist. Dadurch würde andrerseits dem Armenwesen in unerhörter Weise eine so breite Basis geschaffen, und die öffentliche Unterstützung so verallgemeinert werden, daß der eigentliche Zweck der Zwangsmaßregeln, die Schen vor der fremden Hilfe, ganz verloren gehen dürfte. Es würde eben die erste und wichtigste Regel, welche uns bei allen humanitären Bestrebungen, besonders im Armenwesen, zur Richtschnur dienen soll, aufs gröblichste verlegt werden, nämlich die Regel, daß die beste Hilfe, die man Jemandem angedeihen lassen kann, darin besteht, daß man ihn in den Stand setzt, sich selbst zu helfen.

Zudem, es sind doch immerhin nur wenige solcher Enthusiasten, welche sich ernsthaft mit dem Gedanken der allgemeinen obligatorischen Einführung der Alters- und Invalidenversorgung beschäftigen. Die große Mehrzahl kommt begreiflich zu der Methode, einen mehr oder weniger lokalisirten Zwang einzuführen. Die am weitesten verbreitete Ansicht geht dahin, ausschließlich den Stand der Fabrikarbeiter zum Beitritt zu Altersversorgungsclassen zu zwingen. Aber auch hier treten sofort die Schwierigkeiten auf, scharf zu begrenzen, wo der Stand der Fabrikarbeiter beginnt, und wo derselbe aufhört. In außerordentlich vielen Gewerbezweigen sind die landwirthschaftlichen und technischen Einrichtungen verschmolzen. Wir erinnern nur an die Industrie-Zweige der Zuckerfabriken, Brennereien, Mälzereien, Holzschneidereien und an eine zahlreiche Kleinindustrie in den Seestädten, in denen der eigentliche Fabrikationsbetrieb von dem übrigen Betrieb gar nicht ausgeschieden werden kann.

Ebenso wird es schwer gelingen, den Fabriken-Betrieb von dem der größeren Handwerker-Werkstätten und anderer Gewerbe zu trennen. Wenn die Gewerbeordnung auch die Definition von Fabriken dadurch zu geben versucht, daß sie bei denselben den Dampfbetrieb voraussetzt, so giebt es doch eine große Anzahl von Werkstätten, welche Dampfkrast gemiethet haben, also mit Dampf arbeiten, und doch nicht zu den Fabriken gerechnet werden können. Andererseits existiren viele Betriebe, welche durchaus den Charakter der Fabriken an sich tragen, ohne Dampfkrast zu benutzen.

Liege sich aber auch der Begriff der Fabrikarbeiter gesetzgeberisch umgrenzen, so würde bei alledem in den verschiedenen Fabrikationszweigen der Grad der Gefahr ein so vollständig verschiedener bleiben, daß ein innerer Grund durchaus nicht angenommen werden kann, für alle Zweige der Fabrikarbeiter in Bezug auf die Zwangsclassen dieselben Bedingungen gelten zu lassen. Man denke nur an die Gefährdung von Gesundheit und Leben für den Arbeiter in den chemischen Fabriken, Bleiweiß-Fabriken und anderen ähnlichen Betrieben, und an den geringen Grad von Gefahr in einer Baumwoll-Spinnerei, Buchbinderei, Kartonnagenfabrik oder anderen ungefährlichen Industrien. Schon die räumlichen Vorrichtungen der Fabriken-Säle, die geographische Lage, die klimatischen Verhältnisse, die Verschiedenheit der Ernährung und Lebenshaltung werden viel größere Verschiedenheiten in der

Alters- und Invaliditäts-Statistik zur Folge haben, wie mitunter die Verschiedenheit der ausgeübten Arbeiten. Wenn nun aber mit der Umgrenzung derjenigen Personen, auf welche sich der Zwang erstrecken soll, die Absicht verbunden wird, gerade diejenigen Klassen der Bevölkerung und diejenigen Personen zu treffen, bei denen zur Zeit der Arbeitsunfähigkeit die größte Hilfslosigkeit vorausgesetzt werden darf, so greift man überhaupt fehl, wenn man vorzugsweise und in erster Linie die Zwangsclassen auf die Fabrikarbeiter ausdehnen will. Es ist notorisch, daß die große Masse derjenigen, welche der Armenpflege anheimfallen, sich gar nicht einmal vorzugsweise aus arbeitsunfähigen Fabrikarbeitern, sondern in ebenso starker Maße aus arbeitsunfähigen Dienstboten, Handwerkern, Privatangestellten, entlassenen Subalternbeamten oder Kommunalbeamten und ländlichen Arbeitern rekrutirt. Ja, es bedarf nur eines unbefangenen Blickes in das soziale Leben der Großstädte, um überzeugt zu sein, daß gerade der Stand der Hausarbeiter, der älteren Dienstboten, Tage-, Lohn- und Handarbeiter viel hilfloser im Alter dasteht, wie die meisten der höheren Lohn verdienenden Fabrikarbeiter mit ihren Angehörigen.

Eine andere Frage, die ebenso gebieterisch an uns herantritt, ist die, ob denn die Zwangsclassen sich nur auf männliche Arbeiter oder auch auf weibliche erstrecken sollen. Im Falle die Frau unverheirathet geblieben ist, steht sie gewiß bei eintretender Arbeitsunfähigkeit im höchsten Grade hilflos da; anders, wenn sie verheirathet ist. Dann würde ihre obligatorische Heranziehung zu den Versorgungsklassen eine doppelte Belastung der Familie in sich schließen, wenn der Mann bereits der Klasse angehört, oder, wie es ja auch möglich ist, ein erwachsener Sohn oder eine Tochter schon Mitglieder derselben sind.

Weitere Schwierigkeiten erwachsen aus dem Umstande, daß eine ganze Reihe von Industriezweigen ihre Arbeiter nicht in geschlossenen Räumen beisammen hat, sondern die Fabrikarbeit durch Hausarbeit ersetzt. Es sind die nach hunderttausenden von Arbeitern zählenden Industriezweige von Crefeld, Biersen, Darmen, Gladbach, dann die Kleiseisen-Industrie in Remscheid, Solingen, Lennep und anderen Theilen Westfalens, außerdem die verschiedenen Gewerbsthätigkeiten im Thüringer Walde, im sächsischen Erzgebirge und in anderen Distrikten Deutschlands.

Endlich sei noch einer Thatsache Erwähnung gethan, die allein im Stande wäre, alle Pläne zur Einführung von Zwangsclassen zu durchkreuzen, nämlich die fortwährende Fluktuation von großen Arbeitermengen von einem Erwerbszweige zum anderen, von der Landwirthschaft zur Industrie und umgekehrt, je nach der Entwicklung des einen oder des anderen Zweiges des wirthschaftlichen Produktionsgebietes. Verstärkt wird eine derartige Arbeiterbewegung natürlich durch das Auftreten von Handelskrisen oder von Epochen wirthschaftlichen Rückganges oder auch wirthschaftlichen Aufschwunges, wie unsere letzten 10 Jahre für diese Vorgänge ausreichende Beispiele geliefert haben.

Verschiedenes.

— Die Eröffnung der Internationalen Ausstellung der Ziegel-, Thonwaren-, Kalk-, Cement- und Gyps-Industrie zu Berlin 1880, (Dauer vom 29. Juni bis 10. August) wird im Exercierhause nebst Exercierplatz des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, Brenzlauerstraße, Ecke der Lothringerstraße, am 29. Juni d. J. erfolgen.

Vereins-Nachrichten.

§ Oberkassel bei Düsseldorf am 5. Juni 1880. Die heutige Ortsversammlung wurde vom Vorsitzenden Hrn. Meyer Abends 7/9 Uhr bei Anwesenheit von sämmtlichen Mitgliedern eröffnet. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und für richtig befunden worden war, wurde zu folgender Tagesordnung geschritten: Punkt 1. Entgegennahme der Beiträge. Dieselben wurden entrichtet, und läßt der Kassirer Hr. Walter gleichzeitig eine Mahnung an die sämmtigen Zahler ergehen mit der Bemerkung, daß schon einige auf dem Ausschluß ständen. Punkt 2. Innere Angelegenheiten. Zuerst kam ein Antrag des stellvertretenden Vorsitzenden Hrn. Kinner zur Verhandlung. Hr. Kinner richtet die Frage an die Versammlung, ob die Mitglieder nicht geneigt seien, gemeinschaftlich die Kunst- und Gewerbeausstellung hier zu besuchen, vielleicht würden wir der Mehrzahl halber die Ausstellung zu einem niedrigen Eintrittspreise besuchen können. Hierauf entgegnet Hr. Walter, daß zur Erreichung niedrigerer Eintrittspreise unser Verein zu schwach sei, daß er er aber für besser halte, wenn sich die Vorstandsmittglieder unseres Vereins mit den Ausschußmitgliedern des Ortsvereins der Maschinenbauer hier in Verbindung setzen, und dann gemeinschaftlich eine Eingabe an das Ausstellungs-Komitee machten, dann würde eher eine Preisermäßigung des Eintrittsgeldes zu erzielen sein. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Ferner kam ein Antrag des Hrn. Walter zur Verhandlung, den Versammlungstag nicht, wie in voriger Versammlung beschlossen, für Sonnabends nach dem 1.

jeden Monats beizubehalten, sondern auf den 2. Datum jeden Monats zu verlegen, da dieses für die Mitglieder bezüglich des Zahlens der Beiträge wohl der günstigste Tag sei und würde dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen. Punkt 3, Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. Zur Aufnahme meldet sich das Mitglied Knoblich als von Nippes übergesiedelt, gegen welche Aufnahme nichts vorliegt. Zum Ausschluß hat der Kassirer einige säumige Zahler, und stellt er es der Versammlung anheim, ob diese Mitglieder heute ausgeschlossen werden sollen oder ob ihnen noch eine Frist gewährt werden soll. Im Bezug hierauf ergreift der Vorsitzende Hr. Meyer das Wort und macht den Vorschlag, die Versammlung möchte den säumigen Zahlenden Mitgliedern noch Zeit zum Zahlen ihrer restirenden Beiträge bis zur nächsten Versammlung lassen. Die Versammlung bewilligt dieses durch Stimmenmehrheit und beauftragt den Kassirer, nochmals eine Mahnung an die säumigen Zahler ergehen zu lassen. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung 1/20 Uhr.

Hierauf eröffnete der Vorsitzende die Versammlung der Krankenkasse. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und für richtig befunden worden war, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1, Entgegennahme der Beiträge. Dieselben wurden entrichtet. Hr. Walter bringt hier denselben Antrag wie bei der Ortsversammlung, den Versammlungstag von Sonnabend nach dem 1. jeden Monats auf den 2. Datum jeden Monats zu verlegen, ein, welcher Vorschlag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Punkt 3, Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. Zur Aufnahme meldet sich das Mitglied Knoblich als von Nippes übergesiedelt. Zum Ausschluß hat der Kassirer dieselben Mitglieder wie beim Ortsverein und wird diesen Mitgliedern bezüglich der Zahlung ihrer restirenden Beiträge zur Krankenkasse dieselbe Erklärung zu Theil wie bei der Ortsversammlung. Weiter lag für die heutige Versammlung nichts vor und erfolgte der Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

Dito Feuerstein, Schriftführer.

Moabit. Ortsversammlung, verhandelt den 24. Mai 1880. Die Versammlung wird um 8 1/2 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Anwesend sind 19 Mitglieder. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt, wird in die Tagesordnung eingetreten und zwar sind folgende Punkte auf derselben verzeichnet: 1. Besprechung über Zweck und Ziele der Berufsorganisation, 2. Mittheilung betreffs der neuen Unterstützungskasse für Arbeitslose, 3. Verschiedenes, 4. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. Zu Punkt 1 nahm Hr. Lenz I zuerst das Wort und schildert in längerer Rede, wie sehr unter den heutigen gedrückten Verhältnissen eine Organisation der beruflichen Arbeiter nothwendig sei. Medner berührte dabei die Reaktion, die sich jetzt auf allen Gebieten des gewerblichen und öffentlichen Lebens breit mache und erwähnte auch der neuen Zollgesetzgebung, die dem Arbeiter nur seine Lebensbedürfnisse vertheure, ohne ihm andererseits neue Einnahmen zu eröffnen. Alles dies mache einen festen Zusammenschluß der gemäßigten Arbeiter unbedingt nothwendig. Zum Schluß erwähnte Hr. L. unsere neue Unterstützungskasse für Arbeitslose und daß dieselbe gerade dazu angeht, unsere Organisation zu heben und zu fördern. Hierauf nahm Hr. Bey das Wort; derselbe erwartete einen richtigen Vortrag (was nur irrtümlich angezeigt worden war) und meint, daß es dann eigentlich besser gewesen wäre, eine allgemeine Berufsorganisation-Versammlung einzuberufen. Nach längerer Debatte wird in Aussicht genommen, dies im Herbst, wo die Zeit für uns besser ist, zu thun. Bei Punkt 2 besprach der Vorsitzende nochmals den richtigen Zweck dieser Kasse und wurde von einigen Mednern noch darüber gesprochen und der Angriffe erwähnt, die man gegen die Kasse richtete. Zum Schluß meldeten sich noch 6 Mitglieder der Kasse an. — Punkt 3. Die Versammlung widerspricht der Behauptung des Ortsvereins Dückau, daß der Ortsverein Moabit zweimal 15 Mark aus der Ortskasse für Vergütungen verwandt hätte, welches hiermit widerrufen wird, indem es nur einmal und zwar zum 10jährigen Stiftungsfest der Fall gewesen. Das andere Mal stellte die Versammlung den Antrag dazu, indem ihr der Empfang der Delegationen der letzten Generalversammlung anheim gegeben war, der aber nachher vom Generalrath übernommen wurde. — Alsdann wurde eine Sammlung für die nothleidenden Mitglieder des Ortsvereins Schmiedefeld angeregt; dieselbe ergab gegen 6 Mark. Die Liste soll aber noch bei einigen Mitgliedern, die nicht in der Versammlung zugegen waren, zirkuliren. — Hierauf beschloß die Versammlung, vorläufig vorstufweise aus der Kasse zu 100 Billets zur Fischereiausstellung das Geld zu nehmen, um den Mitgliedern den Eintritt um die Hälfte zu ermäßigen. Punkt 4. Zur Aufnahme wurde 1 Mitglied angemeldet. Hierauf Schluß der Versammlung 11 1/4 Uhr.

Protokollauszug der Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle, eingeschriebene Hilfskasse. Die Versammlung wird vom Vorsitzenden nach Schluß der Ortsversammlung eröffnet. Anwesend sind 19 Mitglieder. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Klarlegung bezüglich der Statutenänderungen der letzten Generalversammlung, 2. Verschiedenes, 3. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. 1. Punkt. Zu diesem wurde den Mitgliedern die richtige Beachtung und Durchlegung der von der Generalversammlung geänderten Statuten empfohlen, da Fälle vorgekommen, die nicht richtig aufgefaßt und so zu anderen Meinungen Anlaß gegeben haben. 2. Punkt. Zu diesem Punkt lag nichts von Bedeutung vor. 3. Punkt. Ein Mitglied wurde dem Vorstand zur Aufnahme empfohlen. Hierauf Schluß der Versammlung um 12 1/4 Uhr.

H. Bungert, Schriftführer.

Neuhauß a. Rennweg. Ortsversammlung vom 14. Juni 1880. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung Abends 9 Uhr in Anwesenheit von 24 Mitgliedern. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt, wird zur Tagesordnung geschritten. Punkt 1 erledigte sich durch Kassiren der Beiträge. Punkt 2. Mehrere Mitglieder sollen wegen nachlässiger Zahlung ausgeschlossen werden. Darüber entsteht eine Debatte und endet damit, dieselben sollen noch einmal für allemal zur Zahlung aufgefordert und, wenn dies erfolglos, bei dem Generalrath angefragt werden, ob dieselben ausgeschlossen seien, und ob die Kasse nicht durch gerichtliche Hülfe erhoben werden kann. Bei Punkt 3 wird von einem Mitgliede ein Antrag gestellt, der jedoch erst dem Generalrath zur Begutachtung vorgelegt werden soll. Da die Tagesordnung erledigt, erfolgt Schluß der Versammlung 11 Uhr Abends.

Hierauf wurde die Versammlung der örtlichen Verwaltungs-

stelle eröffnet und zwar in Anwesenheit von 15 Mitgliedern. Punkt 1 wurde durch Kassiren der Beiträge erledigt. Bei Punkt 2 sollen mehrere Mitglieder wegen nachlässiger Steuerzahlung ausgeschlossen, dies aber erst dem Generalrath zur Begutachtung vorgelegt werden. Punkt 3 erledigte sich wie oben. Da weiter nichts vorliegt, erfolgt Schluß der Versammlung um 11 Uhr Abends.

Ferb. Greiner, Schriftführer.

Vonn-Boppelsdorf. Ortsversammlung vom 29. Mai 1880. Dieselbe wurde, da der Vorsitzende Hr. Scranowik die Niederlegung seines Amtes als Vorsitzender dem Ausschuß schriftlich gemeldet hatte, vom stellvertretenden Vorsitzenden Hr. Frise bei Anwesenheit von 17 Mitgliedern Abends 8 1/2 Uhr eröffnet. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen worden, wurde vom Schriftführer, da derselbe der letzten Versammlung nicht beiwohnen konnte, gefragt, warum die Stundungen der beiden Mitglieder, welche der Generalrath genehmigt, nicht im Protokoll enthalten sind. Der Schriftführer wurde dahin berichtet, daß in der Versammlung kein Mitglied Stundung beantragt hätte und wurde dann das Protokoll für richtig befunden und zur Tagesordnung geschritten. Punkt 1, Innere Angelegenheiten. Der stellvertretende Vorsitzende theilt der Versammlung mit, daß der Vorsitzende Hr. Scranowik sein Amt niederlegen wolle, wobei Hr. Scranowik ums Wort bittet und sich näher über das Motiv ausspricht. Der Grund der Niederlegung seines Amtes sei die letzte Versammlung. Der Kassirer habe ihm mehrmals privatim mitgetheilt, er möchte doch einmal eine Anregung betreffs der säumigen Zahler in der Versammlung geben und da sich ein Mitglied mit einem bedeutenden Rest an Beiträgen abmeldete, so habe er den Kassirer im Interesse des Vereins gebeten, er möge doch bald einmal seine Gütmüthigkeit beiseite legen und die säumigen Zahler zum Ausschluß bringen, damit es nicht vorkommen könne, daß sich ein Mitglied mit einem bedeutenden Rest aus dem Verein melde und dem Kassirer resp. Ortsverein den Stuhl vor die Thüre lege. Auch würde er ihm (dem Kassirer) etwas allein sagen, worüber sich der Kassirer verdächtig fühlte. Er habe aber mit dem „allein sagen“ nur einige Mitglieder darunter gemeint, aber nicht Kassenverhältnisse, so hätte ja der Kassirer ihn auch verstehen müssen, da er oftmals ihm gegenüber über einige Mitglieder Klage geführt habe. Was die Kassenverwaltung anbetreffe, so könne er wie die Versammlung dem Kassirer nur das größte Lob nachsagen. Er wolle aber nicht, wenn er im Interesse des Vereins spräche, daß ihm das als persönliche Beleidigungen ausgelegt würde und wolle er folgedessen seines Amtes als Vorsitzender entheben sein. Ein Mitglied fragt an, was denn das für Mitglieder wären, welchen die Beiträge gestundet worden sind und was der Grund ihrer Stundung wäre, worauf die Mitglieder Nr. 1528 und 1608 vom Kassirer genannt wurden, aber die Ursache der Stundung könne er nicht veröffentlichen. Punkt 2, Zahlen der Beiträge. Dieselben wurden entrichtet. Punkt 3, Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. Zur Aufnahme meldeten sich Jüllich, Dreher, welcher aufgenommen und dem Generalrath empfohlen wird. Zum Ausschluß wurde vom Kassirer keiner gebracht. Das Mitglied Nr. 1528, Thiesen, meldet sich durch den Schriftführer aus dem Verein. Punkt 4, Verschiedenes. Hr. Scranowik beantwortet nochmals die Niederlegung seines Amtes als Vorsitzender und fragt der stellvertretende Vorsitzende die Versammlung, ob sie gewillt wäre, heute oder in der nächsten Ortsversammlung zur Wahl eines neuen Vorsitzenden zu schreiten und wurde durch Abstimmung die Wahl zur nächsten Versammlung vertagt. Der Revisor entschuldigt sich, daß er nicht in der vorigen Versammlung erschienen sei und der Kassirer folgedessen nicht entlastet werden konnte. Hierauf berichtet der Revisor, daß er die Kasse in Ordnung und den Abschluß für richtig befunden haben und wurde dann dem Kassirer Decharge erteilt. Schluß der Versammlung 10 1/2 Uhr.

Die Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden nach der Ortsversammlung eröffnet und enthält die Tagesordnung dieselben Punkte wie oben in der Ortsversammlung. Der Vorsitzende Hr. Scranowik legt sein Amt mit der Begründung, welche er der Ortsversammlung mitgetheilt, nieder und findet die Neuwahl in der nächsten Versammlung statt. Ausgenommen wurde Jüllich, Dreher, und dem Vorstande zur Aufnahme empfohlen. Das Mitglied Nr. 1528, Thiesen, meldet sich aus der Krankenkasse, auch wurde ebenfalls wie in der Ortsversammlung dem Kassirer Decharge erteilt und dann die Versammlung geschlossen.

W. Danhof, Schriftführer.

Versammlungskalender.

*** Althaldensleben.** Ortsversammlung Sonnabend, den 26. Juni 1880, Abends 8 Uhr bei Hebestreit. Tagesordnung: 1. Erklärung resp. Auslegung des Vorbereitungsplanes der Deutschen Gewerbevereine, 2. Geschäftliches, 3. Anträge und Beschlüsse, 4. Zahlen der Beiträge. Alsdann Versammlung der Krankenkasse. Tagesordnung: 1. Anträge und Beschlüsse, 2. Zahlen der Beiträge.

Fr. Richter, Schriftführer.

*** Moabit.** Ortsversammlung am Montag, den 28. Juni 1880, Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstraße 48. Tagesordnung: 1. Vortrag über Stenographie (II.), 2. Anträge, 3. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. Nachdem Versammlung der Krankenkasse.

H. Bungert, Schriftführer.

Anzeigen.

Empfehlenswerthe Schriften für die Ortsvereine, zu beziehen durch das Verbandsbureau, S., Alte Jakobstraße 64.

Die Deutschen Gewerbevereine und ihr neuester Gegner, von Dr. Max Girsch. 40 Pf.

Die Hilfskassen-Gesetze, von Dr. Max Girsch. 10 Pf.

Rechte und Pflichten gewerblicher Arbeiter. 40 Pf.

Die Jahresberichte der Fabriken-Inspektoren für das Jahr 1877 u. 1878. 4.50 M.

Das Arbeitsverhältniß gemäß dem heutigen Recht, von Lujo Brentano. 4.50 M.

Vortrag über die Gewerbevereine, von Dr. Max Girsch. 10 Pf.